

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Sanierungsabgabe Gröpelingen

Gröpelingen ist in den achtziger Jahren in eine strukturelle Schieflage geraten. Die Schließung der AG „Weser“ 1983 war einer der auslösenden Hauptfaktoren. Kaufkraftverlust, nachfolgende Qualitätsverluste im Einzelhandel, zunehmender sozialer Unfriede und schließlich eine eigenständige öffentliche Drogenszene gehörten zu den mittelbaren Folgen dieser strukturellen Probleme. Die Festlegung des Sanierungsgebietes „Gröpelingen“ war die Antwort der politischen Entscheidungsträger der Hansestadt. Die Sanierungsmaßnahme soll im Jahre 2005 abgeschlossen werden.

Das Baugesetzbuch sieht nach Abschluss der Sanierung einen Beitrag der Grundstückseigentümer vor, sofern eine Bodenwertsteigerung gutachtlich festgestellt wird. Deshalb befürchten Bürgerinnen und Bürger in Gröpelingen, dass sie mit hohen Sanierungsabgaben belastet werden. Das Baugesetzbuch lässt allerdings auch zu, dass schon vor Abschluss der Sanierung Bodenwertsteigerungen gutachtlich ermittelt werden. Wird dabei festgestellt, dass diese nur geringfügig sind, ist ein Verzicht der Gemeinde auf die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zulässig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bereits jetzt gutachtlich feststellen zu lassen, ob Bodenwertsteigerungen durch die Sanierungsmaßnahmen zu erwarten sind und in welchem Verhältnis der Verwaltungsaufwand für die Erhebung des Ausgleichsbetrages zu den möglichen Einnahmen steht.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat ferner auf zu überprüfen, ob es im öffentlichen Interesse oder zur Vermeidung unbilliger Härten geboten ist, auf die Sanierungsabgabe in Gröpelingen zu verzichten.
3. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass im Falle von maßgeblichen Bodenwertsteigerungen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Belastungen der Grundstückseigentümer im Sanierungsgebiet durch Ausgleichsbeiträge so gering wie möglich zu halten. Dazu gehören Stundungen, Möglichkeit der Ratenzahlungen sowie niedrig verzinste Tilgungsdarlehen.

Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU